

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 52 (1973)
Heft: 3

Artikel: Frankreich 1973
Autor: Scheuer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338662>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frankreich 1973

Kapitalflucht gegen Linksunion

*Eine aufregende Science-Fiction-Story des Pariser Finanzblattes
«Expansion»*

Wahlsieg der Linksparteien im März 1973, Ausschreibung nochmaliger Wahlen durch Pompidou mit abermaligem Linkssieg im April, Kapitalflucht, Rücktritt Pompidous und Wahl von Mitterrand zum neuen Staatspräsidenten im Mai, Regierung Mendès-France ab Juni, Wirtschafts- und Sozialreformen und verstärkte Kapitalflucht im Juli und schliesslich Erwürgung der Linksregierung durch Finanzspekulationen in der zweiten Jahreshälfte – diese realistische Science-Fiction-Story hat das Pariser Finanzblatt «Expansion» schon im Dezember 1972 ausgedacht und in allen Einzelheiten veröffentlicht.

März: Wahlsieg der Linksunion

4. und 11. März: Knapper Wahlsieg der Linksunion. In die Nationalversammlung werden gewählt: 123 Sozialisten, 108 Kommunisten, 15 Radikale und 5 Linksunabhängige; zusammen 251 von insgesamt 487.

Präsident Pompidou hofft, einige Abgeordnete «abzuwerben» und beauftragt Edgar Faure (Chef des linksliberalen Flügels der UDR) mit der Regierungsbildung.

Minderheitsregierung Edgar Faure wird gestürzt

Die parlamentarische Linksmehrheit lehnt ab und spricht der gaullistischen Minderheitsregierung Faure das Misstrauen aus. Diese tritt zurück, und Präsident Pompidou schreibt nochmalige Wahlen aus. Termin: April.

Kapitalflucht

Unterdessen hat massive Kapitalflucht eingesetzt. Die Preise klettern. Streiks führen zu Lohnerhöhungen. Der kommunistische Gewerkschaftsboss Seguy vermag jedoch diese Bewegung einzudämmen.

Aprilwahlen mit Linkserfolg

April: Die nochmaligen Parlamentswahlen bestätigen und verstärken den Sieg der Linksunion, die 18 weitere Mandate hinzugewinnt.

Pompidou zieht die Konsequenz und tritt zurück. Staatspräsidentenwahlen werden für Mai ausgeschrieben.

Mai: Staatspräsident Mitterrand

Mai: Staatspräsidentenwahl. Mitterrand wird als einziger Linkskandi-

dat mit 52 Prozent zum Staatspräsidenten gewählt. Als Kandidat des gaullistisch-konservativen Blocks erhält Messmer 38 Prozent, der Zentrums-kandidat Lecanuet 13 Prozent.

Verstärkte Kapitalflucht

Die Kapitalflucht geht in beschleunigtem Tempo weiter, ebenso die Teuerung. Die Börsenkurse brechen zusammen. Die Produktion wird aber in verstärktem Rhythmus fortgesetzt, wodurch Arbeitslosigkeit vermieden werden kann.

Juni: Ministerpräsident PMF

Staatspräsident Mitterrand beauftragt den früheren demokratischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès-France mit der Regierungsbildung. Die Kommunisten begnügen sich mit untergeordneten Ministerien. Es gilt als abgemacht, dass sie keine Schlüsselpositionen bekommen (Aussenamt, Innenministerium, Landesverteidigung). Mendès-France übernimmt selbst das Finanzministerium.

Die Richtlinien der neuen Regierung werden vor dem Ministerrat in einer Arbeitssitzung von den «drei M» festgesetzt: Mitterrand, Mendès-France und der KPF-Generalsekretär Marchais. Letzterer ist formell nicht in der Regierung.

Wirtschafts- und Sozialreformen

Unter dem Druck der Arbeiter und der ausserparlamentarischen links-extremen Propaganda fordert die kommunistisch gelenkte CGT die sofortige Erfüllung einer Reihe von Sozialforderungen.

Die Regierung beschliesst Einführung eines monatlichen Mindestlohnes von 1000 Francs, gleitende Lohnskala, 40-Stunden-Woche, Pensionsberechtigung ab 60, verstärkte Devisenkontrolle, Preisstopp, Nationalisierung aller Banken, Finanzinstitute und gewisser Industriekonzerne, wie es im gemeinsamen Regierungsprogramm vorgesehen ist.

14. Juli: Präsident Mitterrand kommentiert diese Massnahmen im Fernsehen. Die öffentliche Meinung und die Arbeitnehmer sind befriedigt.

Sommer 1973: Finanzspekulation

Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich jedoch durch Preiswellen und «abwartende Haltung» der Arbeitgeber als Reaktion auf Beschneidung ihrer Gewinne. Internationale Spekulation gegen die französische Währung.

Dezember: PMF am Ende

Mendès-France konstatiert, dass die Wirtschafts- und Sozialreformen 1974 zusätzlich 25 bis 30 Milliarden Francs kosten. Er verlangt als neue Einnahmequellen Kapitalsteuer und Abschaffung der Begünstigung für

Steuervorteile der Aktienbesitzer. Die Militärausgaben sollen eingeschränkt werden, aber auch die Lohnforderungen im öffentlichen Sektor. Zwei Jahre lang soll keine neue Nationalisierung vorgenommen werden, der Franc wird um 5 Prozent entwertet, die EWG-Partner werden um massive Finanzhilfe ersucht.

Gegen diese Massnahmen sträuben sich nun KPF und CGT, zum Teil unter dem Druck der Arbeitnehmer und der linksextremen Propaganda. PMF wird zum Rücktritt gezwungen.

«Aurore» titelt: «Nur noch zwei M (Mitterrand und Marchais). Wer ist der letzte?» Titel der «Humanité»: «Die Arbeiter lassen sich nicht die Errungenschaft der Volksunion nehmen.» In den Kaufhäusern drängen sich die Franzosen in kompakten Massen zu Weihnachtseinkäufen . . .

Zynismus

So sieht das Pariser Finanzwochenblatt Frankreichs innenpolitische Entwicklung in den nächsten Monaten. Natürlich ist der Wunsch Vater der Story. Mit unglaublicher Phantasie und Zynismus sollte damit illustriert werden, dass ein parlamentarisch-demokratischer Wahlsieg der Linken zwecklos sei; selbst wenn die Produktion mit Unterstützung der Gewerkschaften vorangetrieben wird und zugleich Wirtschafts- und Sozialreformen durchgeführt werden, muss das Experiment letzten Endes infolge der Kapitalflucht und internationaler Finanzspekulation scheitern. Auf diese Weise versuchte «Expansion» die französischen Wähler zu beeinflussen und zugleich die kapitalkräftigen Kreise zu beruhigen.

Fahrplan

Seither ist zweierlei eingetreten:

1. Die Wähler haben sich in Umfragen der halbamtlichen Meinungsforschung in zunehmendem Mass für einen Wahlsieg der Linksunion ausgesprochen.

2. Die Kapitalflucht hat schon vor den Wahlen begonnen.

Man wird sich in den nächsten Wochen und Monaten den «Fahrplan» der «Expansion» vor Augen halten müssen, um ihn mit der Wirklichkeit zu vergleichen und dabei feststellen, wie weit die phantasiebegabten Verfasser bestimmte Dinge tatsächlich vorhersagten oder indirekt beeinflussten. Für die Geisteshaltung eines bestimmten französischen Kapitalismus ist das vorliegende Dokument jedenfalls von unschätzbarem Wert.